



An die

**Frau Stadtpräsidentin**  
**Anna-Katharina Schättiger**  
Neues Rathaus  
Großflecken 59

24534 Neumünster

Neumünster, 07.05.2024

**Betreff: Gemeinsamer Antrag der Freien Demokraten, B´90 Die Grünen & Bürger für Neumünster**  
**„Mehr finanzielles Bewusstsein – Klassifizierung von finanziellen Aufwendungen“**

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

Hiermit reiche ich für die Fraktionen der FDP, der Grünen und die Bürgerfraktion nachfolgenden gemeinsamen Antrag zum Thema „Mehr finanzielles Bewusstsein – Klassifizierung von finanziellen Aufwendungen“ ein. Bitte setzen Sie diesen auf die Tagesordnung der Ratsversammlung vom 04.06.2024. Gleichzeitig beantragen wir die vorherige Beratung in folgenden Ausschüssen:  
Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten (federführend) & Hauptausschuss.

Vielen Dank!

Für die Antragsteller,

Florian Meyer  
FDP Ratsfraktion

## **Antrag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei allen Drucksachen ergänzend zur Höhe der finanziellen Auswirkungen eine Klassifizierung der Aufgabe nach ihrem Autonomiegrad vorzunehmen.
2. Diese Klassifizierung soll analog zu den Vorgaben der Gemeindeordnung in folgenden fünf Kategorien erfolgen:
  - a. Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung (§3 Abs. 1 GO)
  - b. Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben (§2 Abs. 2 GO)
  - c. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben (§2 Abs. 1 GO)
  - d. Gemeinkosten
  - e. Finanzmittel

## **Begründung:**

Die Mitglieder der kommunalen Selbstverwaltung verfügen über sehr unterschiedliche Eingangsvoraussetzungen für ihre politische Arbeit, eine finanzwirtschaftliche Vorbildung ist nicht immer gegeben, Daher ist es teilweise schwierig, bei einzelnen politischen Entscheidungen die finanziellen Zusammenhänge wie z. B. die Wechselwirkungen zwischen Investitions- und Ergebnishaushalt oder die konkreten finanziellen Handlungsspielräume bei einzelnen Entscheidungen zu erkennen.

Mit der vorgeschlagenen Maßnahme lassen sich diese Aspekte schneller erkennen und insgesamt ein besseres Bewusstsein für die finanziellen Auswirkungen der (politischen) Entscheidungen herbeiführen.

Ziel des Antrags ist es, insbesondere dem ehrenamtlichen Teil der Selbstverwaltung aufzuzeigen, ob eine Drucksache

- A) bedingt z.B. durch ein Gesetz, verpflichtend umzusetzen ist (und somit zwar keine finanziellen Handlungsspielräume gegeben sind, man aber die Frage nach Kompensation, z. B. aus Landesmitteln in die Überlegungen einbeziehen sollte)
- B) sie umzusetzen ist, aber das Wie im Ermessensspielraum der Stadt liegt (und somit Überlegungen z. B. zu einer effizienteren und / oder rentableren Ausgestaltung folgen sollten)
- C) oder aber, ob die Drucksachen und ihre Umsetzung gänzlich in der Verantwortung der Stadt liegen (und somit die Selbstverwaltung diese Maßnahmen auch aus anderen als finanziellen Gründen bewusst eingeht)

Bei der Kategorie „Gemeinkosten“ handelt es sich um die Kosten der allgemeinen Querschnitts- und Bauverwaltung. Unter den „Finanzmitteln“ werden Auswirkungen wie Steuererträge oder Zinsaufwendungen abgebildet.